

Andy Ziegenhardt  
**Verkehrsvertragsrecht**

Fachanwaltslehrgang für Verkehrsrecht, Kurseinheit 1

*Der Autor:*

*Herr Ziegenhardt ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verkehrsrecht. Er ist seit 2003 in der überörtlichen und auf Verkehrs- und Versicherungsrecht spezialisierte Sozietät Dr. Eick und Partner in Erfurt tätig. Dort beschäftigt er sich schwerpunktmäßig mit Verkehrshaftungs- und Verkehrsvertragsrecht. Er ist Mitglied in der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaft e.V. und in den Arbeitsgemeinschaften Verkehrs- und Versicherungsrecht im Deutschen Anwaltverein. Seit 2010 ist Rechtsanwalt Ziegenhardt Regionalbeauftragter der Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht in Thüringen. Seit Jahren nimmt er an den einschlägigen Fachtagungen, wie z.B. den Verkehrsgerichtstag in Goslar, den DAV-Verkehrsanwaltstag, dem Deutschen Autorechtstag und den Homburger Tagen teil. Neben Beiträgen in verschiedenen Fachzeitschriften referiert Herr Ziegenhardt zu verkehrsrechtlichen Themen. Zudem ist Herr Ziegenhardt im Vorstand des Erfurter Anwaltvereins.*

# Inhalt

Einleitung.....	8
A. Der Kfz-Kauf.....	9
I. Einführung.....	9
1. Neuwagen/Gebrauchtwagen .....	9
2. Sachmangel.....	12
3. Rechtsmangel.....	19
II. Der Vertragsschluss .....	20
1. Neuwagen.....	20
2. Gebrauchtwagen .....	21
a) Privatverkauf .....	21
b) Gebrauchtwagen vom Händler.....	21
III. Offenbarungspflichten .....	22
1. Unfallfahrzeuge.....	23
2. Atypische Vornutzung des Fahrzeugs .....	24
3. Der „fliegende Zwischenhändler“ .....	25
IV. Untersuchungs- und Erkundigungspflicht .....	26
V. Probefahrt .....	27
1. Bei Neufahrzeug vom Händler.....	27
2. Bei Gebrauchtfahrzeug vom Händler .....	28
3. Bei Gebrauchtfahrzeug von Privat.....	28
4. Kosten der Probefahrt.....	29
VI. Rechte des Käufers bei Vorliegen eines Sachmangels ...	30
1. Nacherfüllung.....	30
a) Nachbesserung .....	31
b) Ersatzlieferung .....	34
c) Unverhältnismäßigkeit.....	36
d) Bestimmung der Frist .....	39
e) Entbehrlichkeit der Fristsetzung .....	41
f) Kosten .....	42
g) Aus- und Einbaukosten .....	43

h) Erfüllungsort für die Nachbesserung .....	43
i) Pflicht zur Rücknahme der ersetzten mangelhaften Kaufsache .....	44
2. Rechte des Käufers bei Schlecht- oder Nichterfüllung der Nacherfüllung .....	44
3. Minderung und Rücktritt .....	44
a) Voraussetzungen .....	44
b) Minderung des Kaufpreises .....	46
c) Rücktritt vom Vertrag .....	47
4. Verjährung .....	50
5. Verbrauchsgüterkauf .....	52
6. Ausschluss der Sachmängelhaftung durch Vereinbarung .....	56
7. Versuche der Umgehung der Sachmängelhaftung ....	57
a) Bastlerfahrzeug .....	58
b) Agenturgeschäft .....	58
c) Verbraucher als Unternehmer .....	60
d) „Strohmanngeschäft“ .....	60
e) Unwirksamer Gewährleistungsausschluss .....	61
VII. Garantie .....	61
1. Neuwagengarantie .....	61
2. Gebrauchtwagengarantie .....	63
VIII. Besondere Vertragsgestaltungen .....	65
1. Verbundener Vertrag aus Kauf und Darlehen .....	65
2. Verbraucher-Teilzahlungsgeschäft .....	65
3. Fernabsatz .....	66
4. eBay – Auktion .....	69
IX. EU-Fahrzeuge .....	70
X. Exkurs: „Dieselskandal“ .....	72
B. Das Kfz-Leasing .....	74
I. Einführung .....	74
II. Arten des Leasingvertrages .....	74
1. Leasingvertrag mit Andienungsrecht .....	75
2. Leasingvertrag mit Restwertabrechnung .....	76
3. Kündbarer Leasingvertrag .....	77
4. Leasingvertrag mit Kilometerabrechnung .....	77
III. Vertragsschluss .....	80

1. Grundsätzliches .....	80
2. Funktion des Händlers .....	81
IV. Weitere Durchführung des Leasingvertrages.....	82
V. Sach- und Preisgefahr .....	82
VI. Widerrufsmöglichkeit.....	83
VII. Sachmängelhaftung .....	84
VIII. Abwicklung des Leasing- und Kaufvertrages im Falle des Rücktritts.....	85
IX. Kündigung des Leasingvertrages nach Verzug des Leasingnehmers.....	85
X. Beendigung des Leasingvertrages.....	87
C. Die Kfz-Reparatur .....	89
I. Gesetzliche Einordnung .....	89
II. Pflichten des Unternehmers .....	89
III. Pflichten des Auftraggebers .....	90
IV. Der Kostenvoranschlag .....	91
V. Sicherungsmöglichkeiten des Unternehmers.....	93
1. Werkunternehmerpfandrecht .....	93
2. Zurückbehaltungsrecht .....	93
VI. Gewährleistungsrechte .....	94
D. Anhang .....	96
Literaturverzeichnis .....	104

# Einleitung

Das vorliegende Buch soll dem Leser einen Überblick über die Grundzüge des Verkehrsvertragsrechts liefern.

Hierbei kommt insbesondere dem Bereich des Kaufvertrages – sowohl im Neu- als auch im Gebrauchtwagenbereich – große Bedeutung zu. Ein Schwerpunkt liegt hier auf den Regelungen der Sachmängelgewährleistung im Bereich des Verbrauchsgüterkaufs.

Das Kfz-Leasing hat in den letzten 20 Jahren auch bei Verbrauchern zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der zweite Abschnitt dieses Skripts soll dem Leser daher die verschiedenen Vertragsgestaltungen beim Leasing und die Durchführung des Leasingvertrages in Grundzügen nahebringen.

Abschließend wird auf die rechtliche Einordnung und die Problematiken bei der Kfz-Reparatur eingegangen. Hierbei werden sowohl die wechselseitigen Pflichten als auch Gewährleistungsfragen und Sicherungsmöglichkeiten des Auftragnehmers erörtert.

Die aktualisierte Neuauflage berücksichtigt den Stand von Rechtsprechung und Literatur bis zum November 2022 und enthält insbesondere das „neue“ Kaufrecht mit den weitreichenden Änderungen des Sachmängelbegriffes und des Verbrauchsgüterkaufes.

## A. Der Kfz-Kauf

### I. Einführung

Wesentliche Bedeutung kommt im Vertragsverkehrsrecht den Problematiken des Autokaufs zu. Hierbei sind zunächst zentrale Begrifflichkeiten von Bedeutung.

#### 1. Neuwagen/Gebrauchtwagen

Es müssen umfangreiche Kriterien erfüllt sein, damit ein Fahrzeug überhaupt als Neufahrzeug eingestuft werden kann.

Als *neu* ist ein Fahrzeug einzustufen, welches aus neuen Materialien hergestellt und noch nicht zum Verkehr zugelassen bzw. zu Verkehrszwecken in Gebrauch genommen wurde.

Ein neues Fahrzeug gilt als *fabrikneu*, wenn es dem neuesten Modell hinsichtlich der Technik und der Ausstattung entspricht und (!) zwischen der Produktion und dem Kaufvertragsschluss nicht mehr als zwölf Monate liegen und (!) das Fahrzeug darf nach dem Verlassen des Herstellerwerkes nicht beschädigt worden sein.<sup>1</sup> Letzteres gilt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auch für den Verkauf eines Jahreswagens. Auch in diesem Fall dürfen zwischen der Herstellung und der Erstzulassung nicht mehr als 12 Monate liegen.<sup>2</sup> Maßgeblich für die Beschränkung der Standzeit eines Neuwagens auf 12 Monate vor dessen Verkauf ist dabei

---

<sup>1</sup> BGH, Urteil vom 15.10.2003 – VIII ZR 227/02 = NJW 2004, 160.

<sup>2</sup> BGH, Urteil vom 07.06.2006 – VIII ZR 180/05 = NJW 2006, 2694.

die Erwägung, dass eine lange Standdauer für einen Neuwagenkäufer einen wertmindernden Faktor darstellt.<sup>3</sup> Jedes Fahrzeug unterliegt einem Alterungsprozess, der mit dem Verlassen des Herstellungsbetriebs einsetzt. Grundsätzlich verschlechtert sich der Zustand des Fahrzeugs durch Zeitablauf aufgrund von Materialermüdung, Oxidation und anderen physikalischen Veränderungen.<sup>4</sup> Diese Rechtsprechung findet auch auf (hochpreisige) Wohnmobile Anwendung.<sup>5</sup>

Hierbei kann es zu kuriosen Ergebnissen kommen: So wäre z. B. ein Fahrzeug, bei welchem beim Verladen noch im Herstellerwerk der Außenspiegel beschädigt und durch ein Neuteil ersetzt wird, weiterhin ein Neufahrzeug. Wäre aber derselbe Spiegel beim Abladen beim Händler beschädigt und durch dasselbe Neuteil ersetzt worden, so wäre das Kriterium der Fabrikneuheit nicht mehr gegeben.<sup>6</sup> Dass diese Unterscheidung im Ergebnis wenig überzeugend ist, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Es macht in einem solchen Fall für den Käufer schlicht keinen Unterschied, an welchem Ort das Fahrzeug beschädigt wurde.

Der Bundesgerichtshof hatte im Jahre 2005 die Frage zu entscheiden, ob ein unbenutztes Fahrzeug auch dann noch als fabrikneu eingestuft werden kann, wenn es bereits durch eine Tages- bzw. Kurzzulassung auf den Autohändler zugelassen war.<sup>7</sup> Der Kläger hatte hier ein Fahrzeug mit erheblichem Preisnachlass erworben, welches zuvor für ein Wochenende auf den Autohändler zugelassen war, ohne dass dieser das Fahrzeug benutzt hätte.

Es bestand Streit darüber, ob im Rahmen der Verkaufsverhandlungen auf den Umstand, dass es sich um eine Tageszulassung handelt, hingewiesen worden war.

Nach der Auffassung des Bundesgerichtshofs handelt es sich bei der Tageszulassung um eine besondere Form des Neuwagengeschäfts: Die kurzfristige Zulassung auf den Händler dient – anders als bei sogenannten Vorführwagen – nicht der Nutzung des Fahrzeugs, sondern erfolgt lediglich im Absatzinteresse beider Seiten. Der Händler kommt so durch die

---

<sup>3</sup> BGH, Urteil vom 29.06.2016 – VIII ZR 191/15 = NJW 2016, 3015

<sup>4</sup> BGH, Urteil vom 17.10.2018 – VIII ZR 212/17 = NJW 2019, 80

<sup>5</sup> BGH, a. a. O.

<sup>6</sup> OLG Oldenburg, DAR 1992, 380.

<sup>7</sup> BGH, Urteil vom 12.01.2005 – VIII ZR 109/04 = NJW 2005, 1422 mit Anm. Reinking, DAR 2005, 320.



Steigerung der Absatzmarge in den Genuss höherer Prämien, die er an den Endkunden weitergeben kann.

Für irrelevant hielt der Bundesgerichtshof demgegenüber, dass die wesentlichen Fristen – Neuwertentschädigung in der Vollkaskoversicherung, Hauptuntersuchung, Abgasuntersuchung und Herstellergarantie – verkürzt wurden, da diese Verkürzung sich auf wenige Tage beschränkte.

Auch den Eintrag eines weiteren Fahrzeugalters hat der Bundesgerichtshof – in der Literatur nicht unumstritten – nicht als wertmindernd berücksichtigt. Entscheidend sei allein, dass das Fahrzeug nicht benutzt worden und deshalb technisch ein Neuwagen sei.

Wird bei einem Neuwagengeschäft nichts Abweichendes erklärt, so muss das Fahrzeug das vorgeschriebene Kriterium der Fabrikneuheit erfüllen.<sup>8</sup>

Ob beim Gebrauchtwagenverkauf ein Sachmangel des Fahrzeugs nach § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB wegen einer nicht offen gelegten Abweichung zwischen Herstellungsdatum und Erstzulassung vorliegt, muss nach Auffassung des OLG Schleswig<sup>9</sup> – soweit es sich nicht um einen Jahreswagen, sondern um ein bereits älteres Fahrzeug handelt – im Einzelfall unter Berücksichtigung des Fahrzeugalters, insbesondere der Dauer seiner Zulassung im Verkehr, bestimmt werden. Beim Verkauf eines ca. 2 Jahre und 9 Monate bereits zugelassenen Cabrios mit einem km-Stand von 19.500 sei eine Standzeit von 14 Monaten zwischen Herstellungsdatum und Erstzulassung noch kein Mangel. Nach Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes sind ältere Gebrauchtwagen nicht alleine wegen einer überlangen Standzeit mangelhaft, sofern keine standzeitbedingten Mängel entstanden sind.<sup>10</sup>

Ebenso hat der Bundesgerichtshof<sup>11</sup> entschieden, dass beim Kauf eines Kraftfahrzeugs (im entschiedenen Fall ein Wohnmobil) allein mit der Beschaffenheitsangabe „Vorführwagen“ ein bestimmtes Alter des Fahrzeugs nicht vereinbart wird. Dies schließe jedoch nicht aus, dass der Käufer ei-

---

<sup>8</sup> BGH, NJW 2004, 160; BGH, NJW 2003, 2824; BGH, NJW 2005, 1422.

<sup>9</sup> OLG Schleswig, NJW-RR 2009, 712.

<sup>10</sup> BGH, Urteil vom 10.03.2009 – VIII ZR 34/08 = NJW 2009, 1588.

<sup>11</sup> BGH, NZV 2011, 23; zum „Jahreswagen“ BGH, NJW 2006, 2694.

nes Vorführwagens aufgrund besonderer Umstände im konkreten Fall erwarten dürfe, dass ein als Vorführwagen angebotenes Fahrzeug ein bestimmtes Alter nicht überschreite.<sup>12</sup>

## 2. Sachmangel

Mit Wirkung zum 1. Januar 2022 wurde der Sachmangelbegriff neu geregelt.<sup>13</sup> Die neuen Vorschriften gelten nach Art. 229 § 58 EGBGB für Verträge, die ab dem 1. Januar 2022 geschlossen wurden. Der Begriff des Sachmangels ist wie bisher in § 434 BGB normiert. Die Kaufsache ist frei von Sachmängeln, wenn sie bei Gefahrübergang den subjektiven Anforderungen, den objektiven Anforderungen und den Montageanforderungen entspricht (§ 434 Abs. 1 BGB n.F.).

Anders als nach dem bisherigen Recht, welches den Vorrang der vereinbarten Beschaffenheit vorsah (§ 434 Abs.1 S. 1 BGB a.F.), sieht § 434 Abs. 1 BGB n.F. nunmehr einen Gleichrang der subjektiven Anforderungen, der objektiven Anforderungen und der Montageanforderungen vor. Der entscheidende Unterschied zur alten Rechtslage ist, dass der subjektive Mängelbegriff bzw. nunmehr die subjektiven Anforderungen keinen Vorrang vor dem objektiven Mangelbegriff mehr haben. Vielmehr müssen kumulativ gleichermaßen die subjektiven wie auch die objektiven Anforderungen erfüllt werden.<sup>14</sup> Ein Sachmangel liegt also grundsätzlich bereits dann vor, wenn der Kaufsache eine dieser Anforderungen fehlt.<sup>15</sup>

Nach § 434 Abs. 2 BGB n.F. entspricht die Sache den subjektiven Anforderungen, wenn sie die vereinbarte Beschaffenheit hat (Nr. 1), sich für die

---

<sup>12</sup> Zur längeren Standzeit eines älteren Gebrauchtwagens als Sachmangel BGH, Urteil vom 10.03.2009 – VIII ZR 34/08 = NJW 2009, 1588.

<sup>13</sup> Umfassend hierzu: *Staudinger/Artz*, Neues Kaufrecht und Verträge über digitale Inhalte – Einführung in das neue Recht, 1. Aufl. 2022; *Brönneke/Föhlisch/Tonner* [Hrsg.], Das neue Schuldrecht, 1. Aufl. 2022; Überblick: Lorenz, Die Umsetzung der EU-Warenkaufrichtlinie in deutsches Recht, NJW 2021, 2065 ff.; *Kirchfelder-Lauber*, Digitales Kaufrecht 2022 – Die deutsche Umsetzung der Warenkaufrichtlinie, JuS 2021, 918 f.; *Biermann*, Das neue Kaufrecht: Die wichtigsten Änderungen, DAR 2022, 134 ff.

<sup>14</sup> *Brönneke/Schmitt/Willburger* in *Brönneke/Föhlisch/Tonner* [Hrsg.] – Das neue Schuldrecht, 1. Aufl. 2022, § 4 Rn. 9

<sup>15</sup> *Staudinger* in *Staudinger/Artz* – Neues Kaufrecht und Verträge über digitale Inhalte – Einführung in das neue Recht, 1. Aufl. 2022, Rn. 33.

nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet (Nr. 2) und mit dem vereinbarten Zubehör und den Anleitungen, einschließlich Montage- und Installationsanleitungen, übergeben wird (Nr. 3).

§ 434 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 BGB n.F. regelt die vereinbarte Beschaffenheit. Der Beschaffenheitsbegriff deckt sich mit dem Beschaffenheitsbegriff nach § 434 BGB a.F..<sup>16</sup>

Die Vertragsparteien müssen hinsichtlich der Beschaffenheit der Kaufsache eine Vereinbarung treffen. Vereinbart ist eine Beschaffenheit, wenn der Inhalt des Kaufvertrages die Pflicht des Verkäufers enthält, die Sache in dem bestimmten Zustand zu übereignen und zu übergeben. Zur Beschaffenheit zählen jegliche Merkmale einer Sache, die der Sache selbst anhaften oder sich aus ihrer Beziehung ergeben. Nach § 434 Abs.2 S. 2 BGB n.F. gehören zur Beschaffenheit Art, Menge, Qualität, Funktionalität, Kompatibilität, Interoperabilität und sonstige von den Parteien vereinbarten Merkmale. Merkmale, die einer Sache anhaften, sind physische Merkmale wie beispielsweise Größe, Gewicht, Alter, Material, Höchstgeschwindigkeit oder Energieverbrauch.

Nach der Definition der Warenkaufrichtlinie (vgl. Art. 2 Nr. 8 und Art. 10 WKRL) betreffen die Begriffe Kompatibilität und Interoperabilität die Fähigkeit der Waren, mit der Hardware und Software zu funktionieren, mit der Waren derselben Art in aller Regel benutzt werden, ohne dass die Waren, die Hardware oder Software verändert werden müssen (Kompatibilität) der die Fähigkeit, mit einer anderen Hardware oder Software zu funktionieren als derjenigen, mit der Sachen derselben Art benutzt werden (Interoperabilität).

Eine Beschaffenheitsvereinbarung kann ausdrücklich oder durch konkludentes Verhalten getroffen werden.<sup>17</sup> An das Vorliegen einer Beschaffenheitsvereinbarung sind nach Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs jedoch strenge Anforderungen zu stellen. Eine Beschaffenheitsvereinbarung kommt nicht mehr im Zweifel, sondern nur noch in eindeutigen Fällen in Betracht.<sup>18</sup> Der Bundesgerichtshof hat jüngst seine ständige Rechtspre-

---

<sup>16</sup> *Staudinger* in Staudinger/Artz – Neues Kaufrecht und Verträge über digitale Inhalte – Einführung in das neue Recht, 1. Aufl. 2022, Rn. 39.

<sup>17</sup> BGH, Urteil vom 27.09.2017 – VIII ZR 271/16 = NJW 2018, 146.

<sup>18</sup> BGH, a. a. O.

chung bekräftigt und nochmals betont, dass an das Vorliegen einer Beschaffenheitsvereinbarung strenge Anforderungen zu stellen sind und diese nicht mehr im Zweifel, sondern nur noch in eindeutigen Fällen in Betracht kommt.<sup>19</sup> Unter Berücksichtigung dieses strengen Maßstabs hat der Bundesgerichtshof<sup>20</sup> das Vorliegen einer Beschaffenheitsvereinbarung verneint, wenn eine vorvertragliche Beschaffenheitsangabe des Verkäufers im Kaufvertrag nicht schriftlich fixiert wird. Im konkreten Fall hatte der Verkäufer eines Gebrauchtwagens das Fahrzeug auf dem Onlineportal mobile.de als „Opel Adam Slam 1.4 ecoFlex“ zum Verkauf angeboten. Es handelte sich jedoch, wie der Käufer später erfuhr, bei dem Fahrzeug um das einfachere Modell Opel Adam Jam mit geringerer Ausstattung und höherem Normverbrauch. Der schriftliche Kaufvertrag enthält jedoch lediglich die Bezeichnung „Opel Adam“. Der Bundesgerichtshof sah in der vorvertraglichen Angabe des Verkäufers eine öffentliche Äußerung im Sinne von § 434 Abs. 1 Satz 3 BGB a.F. und verneinte dementsprechend eine Beschaffenheitsvereinbarung.

In der Literatur kommen jedoch bereits Zweifel auf, ob diese strengen Voraussetzungen weiter aufrechterhalten werden können, da weder die Warenkaufrichtlinie noch die neue Gesetzesformulierung diese strengen Voraussetzungen enthalten.<sup>21</sup>

Im (allgemeinen) Kaufrecht bleiben negative Beschaffenheitsvereinbarungen möglich. Im Verbrauchsgüterkauf gelten durch § 476 Abs. 1 S. 2 BGB jedoch strengere Anforderungen.

Gemäß § 434 Abs. 2 S.1 Nr. 2 BGB n.F. muss die Kaufsache für die vertraglich vorausgesetzte Verwendung geeignet sein. Durch die Bezugnahme auf den Vertrag wird deutlich, dass die vorausgesetzte Verwendung ebenfalls Gegenstand einer vertraglichen Einigung sein muss.<sup>22</sup> Nach der bisherigen Rechtsprechung<sup>23</sup> ist die Verwendung vertraglich vorausgesetzt, wenn sie von beiden Parteien übereinstimmend unterstellt wird. Bei der Prüfung, ob die Parteien nach dem Vertrag eine bestimmte

---

<sup>19</sup> BGH, Urteil vom 10.11.2021 – VIII ZR 187/20 = NJW 2022, 686.

<sup>20</sup> BGH, a. a. O.

<sup>21</sup> *Kirchfelder-Lauber*, JuS 2021, 918.

<sup>22</sup> *Lorenz*, NJW 2021, 2065, 2066.

<sup>23</sup> BGH, Urteil vom 16.03.2012 – V ZR 18/11 = NJW-RR 2012, 1078.

Verwendung der Kaufsache vorausgesetzt haben, sind nicht nur der Vertragsinhalt, sondern auch die Gesamtumstände zu berücksichtigen.<sup>24</sup>

Neu aufgenommen wurde, dass die Sache mit dem vereinbarten Zubehör und den vereinbarten Anleitungen, einschließlich Montage- und Installationsanleitungen übergeben wird (§ 434 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 BGB n.F.).

Die objektiven Anforderungen an die Kaufsache, die nun zusätzlich zu den subjektiven Anforderungen erfüllt sein müssen, sind in § 434 Abs. 3 BGB n.F. geregelt. Demnach muss sich die Kaufsache für die gewöhnliche Verwendung eignen (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 BGB n.F.), eine Beschaffenheit aufweisen, die bei Sachen derselben Art üblich ist und die der Käufer erwarten kann (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BGB n.F.), der Beschaffenheit einer vom Verkäufer vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellten Probe oder eines entsprechenden Musters entsprechen (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BGB n.F.), und mit dem Zubehör einschließlich Verpackung, Montage- und Installationsanleitungen sowie anderer Anleitungen übergeben werden, deren Erhalt der Käufer erwarten kann (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 BGB n.F.).

Diese Regelungen zum objektiven Fehlerbegriff zeigen einen deutlichen Systemwechsel an, weil nach bisheriger Rechtslage der Vorrang des subjektiven Fehlerbegriffes galt und die Beschaffenheitsvereinbarungen somit entscheidend für den Begriff von Mangelfreiheit oder Mangelhaftigkeit war.

Nach bisheriger Rechtslage war vorrangig immer erst zu prüfen, ob eine bestimmte Beschaffenheit vereinbart wurde. Die vereinbarte Beschaffenheit konnte nach Rechtslage bis 31. Dezember 2021 sowohl oberhalb als auch unterhalb des normalen Qualitätsstandard liegen, der dann nicht mehr entscheidend für die Frage der Mangelhaftigkeit war. Nach neuer Rechtslage kann eine Kaufsache mangelhaft sein, obwohl sie einer Beschaffenheitsvereinbarung entspricht, da diese keinen Vorrang mehr gegenüber den sonstigen Kriterien der Sachmangelfreiheit hat.

Hinsichtlich der Beschaffenheit, die der Käufer nach der Art der Sache erwarten kann, kommt es auf die objektiv berechnete Käufererwartung an,

---

<sup>24</sup> BGH, Urteil vom 26.04.2017 – VIII ZR 80/16 = NJW 2017, 2817; Urteil vom 06.12.2017 – VIII ZR 219/16 = NJW-RR 2018, 822.

die sich in Ermangelung abweichender Anhaltspunkte jedenfalls im Regelfall an der üblichen Beschaffenheit gleichartiger Sachen orientiert.<sup>25</sup>

Eine Sache, die dem Stand der Technik vergleichbarer Sachen entspricht, ist nicht deswegen i.S. des § 434 I 2 Nr. 2 BGB mangelhaft, weil der Stand der Technik hinter der Käufererwartung zurückbleibt.<sup>26</sup>

Die Ausführungen der Rechtsprechung und der Literatur zum bisherigen Kaufrecht gelten insoweit fort.<sup>27</sup> Hinsichtlich der „Vergleichsgruppe“ sind beim Neuwagenkauf vergleichbare Fahrzeuge anderer Hersteller zu berücksichtigen.<sup>28</sup> So hat beispielsweise ein Fahrzeug nicht die übliche Beschaffenheit, wenn bei Übergabe an den Käufer eine – den Stickoxidausstoß auf dem Prüfstand gegenüber dem normalen Fahrbetrieb reduzierende – Abschalteinrichtung im Sinne von Art. 3 Nr. 10 VO (EG) Nr. 715/2007 installiert ist, die gem. Art. 5 II 1 VO (EG) Nr. 715/2007 unzulässig ist.<sup>29</sup> Beim Gebrauchtwagenkauf umfasst die übliche Beschaffenheit, dass das Fahrzeug keine Unfallschäden erlitten hat, die über Bagatellschäden hinausgehen.<sup>30</sup> Als Bagatellschäden sind bei Personenkraftwagen nur ganz geringfügige, äußere (Lack)Schäden anerkannt, nicht dagegen andere (Blech)Schäden, auch wenn sie keine weitergehenden Folgen hatten und der Reparaturaufwand nur gering war.<sup>31</sup> Ohne Bedeutung ist im Übrigen, ob das Fahrzeug anschließend fachgerecht repariert worden ist.<sup>32</sup>

Die Erwartung des Käufers bestimmt sich nach der Art der Sache (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 2a BGB n.F.) und vor allem insbesondere in der Werbung oder auf dem Etikett vom Verkäufer oder einem anderen Glied der Verkaufskette oder in deren Auftrag abgegebenen öffentlichen Äußerungen (§ 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 2b BGB n.F.). Der Begriff der öffentlichen Äußerun-

---

<sup>25</sup> BGH, Urteil vom 29.11.2006 – VIII ZR 92/06 = NJW 2007, 1351 sowie BGH, Urteil vom 20.05.2009 – VIII ZR 191/07 = NJW 2009, 2807, BGH, Urteil vom 29.06.2011 – VIII ZR 202/10 = NJW 2011, 2872.

<sup>26</sup> BGH, Urteil vom 04.03.2009 – VIII ZR 160/08 = NJW 2009, 2056.

<sup>27</sup> *Kirchfelder-Lauber*, JuS 2021, 918, 919.

<sup>28</sup> BGH, Urteil vom 04.03.2009 – VIII ZR 160/08 = NJW 2009, 2056; Beschluss vom 16.05.2017 – VIII ZR 102/16.

<sup>29</sup> BGH, Urteil vom 21.07.2021 – VIII ZR 254/20 = NJW 2021, 2958.

<sup>30</sup> OLG Rostock, Urteil vom 28.08.2020 – 4 U 1/19 = DAR 2021, 22.

<sup>31</sup> OLG Rostock, a.a.O.

<sup>32</sup> BGH, Urteil vom 10.10.2007 – VIII ZR 330/06 = DAR 2008, 342.

gen ist weit zu verstehen, so fallen beispielsweise Plakatwerbung, Fernsehspots, Internetwerbung aber auch Werbung auf sozialen Medien darunter. Der Kaufsache muss aber eine bestimmte Eigenschaft zugesprochen werden, was regelmäßig dann der Fall ist, wenn es sich bei der Äußerung um nachprüfbare Tatsachen handelt. Bloße Anpreisungen genügen dagegen nicht, diese haben mehr werbenden Charakter.<sup>33</sup>

Enthält beispielsweise ein Herstellerprospekt die Aussage, dass dank des Smart-Key-Systems das Fahrzeug schlüssellos geöffnet, verschlossen und gestartet werden kann und jedoch keinerlei Einschränkungen dahingehend enthält, dass bei Störeinflüssen von Funkwellen (z. B. durch Mobilfunkmasten oder Bahnüberleitungen) das System ausfallen kann und in diesen Fällen auf den Notschlüssel zurückgegriffen werden muss, so liegt ein Sachmangel vor.<sup>34</sup>

Nach § 434 Abs. 3 S. 2 BGB n.F. gehören zur üblichen Beschaffenheit nach § 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 BGB n.F. auch Menge, Qualität und sonstige Merkmale einschließlich Funktionalität, Kompatibilität und Sicherheit. Explizit aufgezählt wird auch die Haltbarkeit der Sache. Dieser Begriff ist als Fähigkeit der Sache zu verstehen, ihre erforderlichen Funktionen und ihre Leistung bei normaler Verwendung zu behalten. Bei der vorzunehmenden Gesamtbeurteilung spielen neben dem Preis auch die übliche Häufigkeit und Intensität der Nutzung der Kaufsache eine Rolle.<sup>35</sup> Unter den Begriff der Haltbarkeit fallen auch die Möglichkeit der Wartung und Reparatur.<sup>36</sup> Die Vorschrift begründet jedoch keine uneingeschränkte Haltbarkeitsgarantie.<sup>37</sup>

Gemäß § 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 BGB n.F. gehört zu den objektiven Anforderungen auch, dass die Kaufsache der Beschaffenheit einer Probe oder eines Musters entspricht, die oder das der Verkäufer dem Käufer vor Vertragsschluss zur Verfügung gestellt hat.

---

<sup>33</sup> BeckOK StVR/Andreae BGB § 434 Rn. 7, 7.1.

<sup>34</sup> OLG München, Urteil vom 10.04.2013 – 20 U 4749/12 = NJW-RR 2013, 1526.

<sup>35</sup> Lorenz, NJW 2021, 2065, 2066.

<sup>36</sup> Lorenz, a.a.O.

<sup>37</sup> Brönneke/Schmitt/Willburger in Brönneke/Föhlisch/Tonner [Hrsg.] – Das neue Schuldrecht, 1. Aufl. 2022, § 4 Rn. 23.

In der Literatur<sup>38</sup> wird bereits die Frage erörtert, ob sich aus dem Merkmal der Probe das Erfordernis einer negativen Beschaffenheitsvereinbarung ergibt, wenn der Käufer sich einen Vorführwagen mit Vollausstattung ansieht oder zur Probe fährt, anschließend jedoch einen Wagen mit Grundausstattung kauft. Eine generelle Einordnung des Vorführwagens als Probe oder Muster wird abgelehnt.<sup>39</sup>

Die Kaufsache muss gemäß § 434 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 BGB n.F. mit dem Zubehör einschließlich Verpackung, Montage- und Installationsanleitungen sowie anderen Anleitungen (etwa Bedienungsanleitungen oder Gebrauchsanweisungen) übergeben werden, deren Erhalt der Käufer vernünftigerweise erwarten kann. Mit dieser neuen Regelung haben sich die Streitigkeiten, ob § 434 Abs. 2 S. 2 BGB a.F. (sog. IKEA – Klausel) auch auf das gänzliche Fehlen einer Montageanleitung Anwendung findet und ob Bedienungsanleitungen erfasst waren, erledigt.<sup>40</sup>

Soweit eine Montage durchzuführen ist, entspricht die Sache gemäß § 434 Abs. 4 BGB n.F. den Montageanforderungen, wenn die Montage sachgemäß durchgeführt worden ist (§ 434 Abs. 4 Nr. 1 BGB n.F.) oder zwar unsachgemäß durchgeführt worden ist, dies jedoch weder auf einer unsachgemäßen Montage durch den Verkäufer noch auf einem Mangel in der vom Verkäufer übergebenen Anleitung beruht (§ 434 Abs. 4 Nr. 2 BGB n.F.). Während die bisherige Regelung (3 434 Abs.2 a.F. BGB) formulierte, wann ein Sachmangel vorliegt, ist die neue Regelung positiv formuliert und bestimmt, wann bei einer Montage kein Mangel vorliegt. Die Änderung des Wortlautes hat keine inhaltlichen Auswirkungen.<sup>41</sup>

Einem Mangel der Kaufsache steht es gemäß § 434 Abs. 5 BGB n.F. gleich, wenn der Verkäufer eine andere Sache (aliud) als die vertraglich geschuldete Sache liefert. Das setzt voraus, dass die andere Sache in Erfüllung des Kaufvertrages geliefert wird und eine entsprechende Tilgungsbestimmung durch den Verkäufer, welche nach dem objektiven Empfängerhorizont des Käufers auszulegen ist, vorliegt.

---

<sup>38</sup> *Staudinger* in *Staudinger/Artz – Neues Kaufrecht und Verträge über digitale Inhalte – Einführung in das neue Recht*, 1. Aufl. 2022, Rn. 60.

<sup>39</sup> *Staudinger* a.a.O.

<sup>40</sup> *Kirchfelder-Lauber*, JuS 2021, 918, 919.

<sup>41</sup> *Staudinger* in *Staudinger/Artz – Neues Kaufrecht und Verträge über digitale Inhalte – Einführung in das neue Recht*, 1. Aufl. 2022, Rn. 62



Im Gegensatz zur alten Regelung (§ 434 Abs. 3 BGB a.F.) ist die Lieferung einer zu geringen Menge nicht mehr in der neuen Vorschrift (§ 434 Abs 5 BGB n.F.) geregelt. Die Lieferung einer zu geringen Menge ist nunmehr ausdrücklich in § 434 Abs. 2 BGB n.F. und § 434 Abs. 3 S. 2 BGB n.F. als Anwendungsfall der subjektiven Anforderung an die Kaufsache genannt. Die Zuweniglieferrung stellt nach nunmehriger Rechtslage einen Sachmangel dar und steht diesem nicht nur mehr gleich.

### 3. Rechtsmangel

Nach § 433 Abs. 1 S.2 BGB muss die Sache nicht nur frei von Sachmängeln, sondern auch frei von Rechtsmängeln sein. Eine Sache ist nach § 435 Abs. 1 S.1 BGB frei von Rechtsmängeln, wenn Dritte in Bezug auf die Sache keine oder nur die im Kaufvertrag übernommenen Rechte gegen den Käufer geltend machen können. Im Autokaufrecht spielt die Rechtsmängelhaftung nur eine untergeordnete Rolle. Ein Beispiel findet sich aber in der jüngeren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach die bei Gefahrübergang vorhandene und im Zeitpunkt der Rücktritts-erklärung fortbestehende Eintragung eines Kraftfahrzeugs in dem Schen- gener Informationssystem (SIS) zum Zwecke der Sicherstellung und Iden- titätsfeststellung ein erheblicher Rechtsmangel ist.<sup>42</sup> Ein Rechtsmangel bei Gefahrübergang liegt hingegen nicht schon dann vor, wenn das letzt- lich zur späteren Eintragungen in das SIS führende tatsächliche Gesche- hen (Ausgangslage) bereits bei der nach § 446 S.1 BGB den Gefahrüber- gang herbeiführenden Fahrzeugübergabe bestanden hat.<sup>43</sup>

---

<sup>42</sup> BGH, Urteil vom 18.01.2017 – VIII ZR 234/15 = NJW 2017, 1666.

<sup>43</sup> BGH, Urteil vom 26.02.2020 – VIII ZR 267/17 = NJW 2020, 1669.

## II. Der Vertragsschluss

### 1. Neuwagen

Beim Kauf eines Neufahrzeugs ist es üblich, die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Verkauf von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Anhängern“ – NWVB – zu verwenden. Es handelt sich hierbei um Bedingungen, welche sowohl vom Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe e. V. – ZDK –, vom Verband der Importeure von Kraftfahrzeugen – VDIK – wie auch vom Verband der Automobilindustrie e. V. – VDA – empfohlen werden.

Wie auch sonst bei allgemeinen Geschäftsbedingungen üblich, ist Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Bedingungen, dass diese wirksam gemäß den § 305 ff. BGB in den Vertrag einbezogen werden.<sup>44</sup> Hierzu ist es erforderlich, dass der Kunde die Möglichkeit hat, in zumutbarer Weise von den Bedingungen Kenntnis zu nehmen. Abgesehen davon, dass die Bedingungen dem Kunden überhaupt zugänglich gemacht werden, müssen diese darüber hinaus auch aufgrund der drucktechnischen Gestaltung hinreichend deutlich erkennbar sein.

Üblicherweise wird bei Verträgen über die Lieferung eines Neufahrzeugs ein so genannter „unverbindlicher Liefertermin“ vereinbart. Mit einer solchen Vereinbarung erklärt sich der Käufer zudem auch damit einverstanden, dass ihm bei einer Überschreitung von bis zu sechs Wochen keinerlei Sanktionsmöglichkeiten zustehen. Dies ist freilich nicht unumstritten. Insbesondere die Ausgestaltung der Käuferrechte bei Überschreitung der Lieferfrist (IV NWVB) verstößt m. E. deshalb gegen das Transparenzgebot (§ 309 Nr. 8a BGB), da sich aus den dortigen Vorschriften nicht ergibt, dass die gesetzlichen Vorschriften zum Rücktritt und zum Schadensersatz statt der Leistung durch die Regelung des Abschnitt IV, Ziffer 2, S. 4 NWVB weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden. Vielmehr vermitteln die Ausführungen in den NWVB den Eindruck, dass in jedem Fall

---

<sup>44</sup> BGH, Urteil vom 17.02.2010 – VIII ZR 67/09 = NJW 2010, 1131.

eine Fristsetzung erforderlich sei. Tatsächlich gelten aber die Vorschriften der §§ 323, 281 BGB, wonach der Gläubiger zurücktreten bzw. Schadensersatz statt der Leistung verlangen kann, ohne zuvor eine Frist zu setzen, auch beim Neuwagenvertrag unter Einbeziehung der NWVB.

Zu der Vereinbarung eines festen Lieferzeitpunkts wird sich ein Neuwagenverkäufer – sollte er das Fahrzeug nicht vorrätig haben – nur selten durchringen können.

Der Käufer bietet mit der Unterzeichnung der Neuwagenbestellung dem Händler einen Kaufvertragsschluss an. An dieses Angebot ist der Käufer nach den Regelungen der NWVB (Abschn. I, Ziffer 1, S. 2) bei Pkws maximal vier Wochen gebunden. Handelt es sich um Nutzfahrzeuge, beträgt die Frist sechs Wochen, wobei beide vorgenannten Fristen nur dann zur Anwendung kommen, wenn es sich um Fahrzeuge handelt, welche nicht beim Händler vorrätig sind. Bei vorrätigen Fahrzeugen verkürzen sich diese Fristen auf 10 Tage bei Pkws und 14 Tage bei Nutzfahrzeugen. Der Verkäufer kann das Angebot durch (schriftliche) Bestätigung der Annahme oder aber durch Lieferung des Fahrzeugs annehmen.

## **2. Gebrauchtwagen**

Der überwiegende Teil der Gebrauchtwagen wird noch immer von Privat zu Privat veräußert. Beim Kauf von einem Händler ist zwischen dem reinen Gebrauchtwagenhandel sowie dem Kauf beim Markenhändler zu unterscheiden.

### **a) Privatverkauf**

Beim Erwerb von einer Privatperson sollte, um die wesentlichen Bestandteile beim Vertragsabschluss nicht zu übersehen, auf standardisierte Verträge zurückgegriffen werden, wie sie zum Beispiel vom ADAC oder anderen Organisationen angeboten werden.

### **b) Gebrauchtwagen vom Händler**

Wie beim Neufahrzeughandel verwenden auch die Gebrauchtwagenhändler üblicherweise allgemeine Geschäftsbedingungen, wobei es sich

hier um die „Geschäftsbedingungen für den Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen und Anhängern“ – GWVB – handelt. Diese Bedingungen stimmen teilweise wortgleich mit den Neuwagenbedingungen NWVB überein.

Der Kauf beim Gebrauchtwagenhändler wird mittlerweile fast ausschließlich über die so genannte „Verbindliche Bestellung“ abgewickelt. Rechtlich gesehen stellt auch diese das Angebot des Kunden dar, das Gebrauchtfahrzeug zu erwerben.

Die Bindungsfrist beträgt hier wie bei vorrätigen Neufahrzeugen 10 Tage bzw. bei Nutzfahrzeugen 14 Tage.

Teilweise werden diese Fristen auch individuell verlängert, wobei von der Rechtsprechung eine Frist von 14 Tagen bei gebrauchten Pkws nicht beanstandet, eine solche von vier Wochen jedoch als unzulässig betrachtet wurde.

Auch hier kommt – wie beim Neufahrzeuggeschäft – der Kaufvertrag dadurch zustande, dass der Verkäufer entweder das Angebot – selbstverständlich innerhalb der laufenden Frist zur Annahme – schriftlich bestätigt, oder aber das Fahrzeug ausliefert.

### III. Offenbarungspflichten

Zu berücksichtigen ist, dass negative Eigenschaften des zu veräußernden Fahrzeugs, die für den Kaufentschluss des Käufers erkennbar von wesentlicher Bedeutung sind, vom Verkäufer ungefragt offenbart werden müssen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs<sup>45</sup> besteht bei Vertragsverhandlungen für jeden Vertragspartner die Pflicht, den anderen Teil über solche Umstände aufzuklären, die den Vertragszweck (des anderen) vereiteln können und daher für seinen Entschluss von wesentlicher Bedeutung sind, sofern er die Mitteilung nach der Verkehrsauffassung erwarten kann. Die Offenbarungs- bzw. Aufklärungspflicht des Verkäufers eines Kfz bezieht sich nicht nur darauf, den Unfallschaden ohne nähere Ausführungen zum Umfang einzuräumen. Es darf

---

<sup>45</sup> BGH, Urteil vom 04.04.2001 – VIII ZR 32/00 = NJW 2001, 2163.

auch kein falscher Eindruck hinsichtlich des Umfangs des Schadens erweckt und bagatellisiert werden.<sup>46</sup> Eine derartige Pflichtverletzung löst einen Schadensersatzanspruch aus culpa in contrahendo gem. § 280 Abs. 1 BGB i. V. m. § 311 Abs. 2 BGB aus, der grundsätzlich neben den Gewährleistungsanspruch tritt.

## 1. Unfallfahrzeuge

Es ist nach wie vor ein wesentlicher wertbildender Faktor, ob ein Fahrzeug das Kriterium der sogenannten Unfallfreiheit erfüllt. Da grundsätzlich davon auszugehen ist, dass der Käufer eines Gebrauchtfahrzeugs sich für diese Eigenschaft interessiert, ist es Sache des Verkäufers, auf etwaige zuvor erlittene Unfallschäden *ungefragt* hinzuweisen. Fraglich ist insoweit allerdings, wann ein offenbarungspflichtiger Unfallschaden vorliegt, welche Beschädigungen mithin angegeben werden müssen. Die Grenze für nicht offenbarungspflichtige „Bagatellschäden“ zieht der Bundesgerichtshof sehr eng.<sup>47</sup> Nur geringfügige äußere Lackschäden sind als „Bagatellschäden“ zu werten. Blechschäden, auch mit geringem Reparaturaufwand oder ohne weitergehende Folgen, sind offenbarungspflichtige Unfallschäden.<sup>48</sup> Bei Gebrauchtfahrzeugen gehört es nicht ohne Weiteres zur üblichen Beschaffenheit, dass sich alle Fahrzeugteile noch im Originalzustand befinden.<sup>49</sup> Die übliche Beschaffenheit ist deshalb grundsätzlich nicht infrage gestellt, wenn einzelne (wesentliche) Fahrzeugteile in technisch einwandfreier Weise erneuert wurden. Das gilt auch, wenn das Fahrzeug mit einer neuen Lackierung versehen worden ist, um es technisch und optisch wieder in einen tadellosen Zustand zu versetzen.<sup>50</sup>

Welche Beschaffenheit des Kaufgegenstandes ein Käufer anhand der Art der Sache erwarten kann, bestimmt sich nach dem Empfängerhorizont eines Durchschnittskäufers und damit nach der objektiv berechtigten Käufererwartung. Diese orientiert sich im Regelfall an der üblichen Beschaf-

---

<sup>46</sup> OLG Koblenz, Hinweis vom 01.03.2017 – 5 U 135/17.

<sup>47</sup> BGH, Urteil vom 10.10.2007 – VIII ZR 330/06 = NJW 2008, 53

<sup>48</sup> BGH, a. a. O.

<sup>49</sup> BGH, Urteil vom 20.05.2009 – VIII ZR 191/07 = NJW 2009, 2807.

<sup>50</sup> BGH, a. a. O.

fenheit gleichartiger Sachen. Dagegen ist nicht entscheidend, welche Beschaffenheit der Käufer tatsächlich erwartet und wie er auf eine hiervon abweichende Beschaffenheit reagiert.

Die Ausführungen des Bundesgerichtshofes zur Beschaffenheitsangabe im Gewährleistungsrecht<sup>51</sup> wird man auf die Frage eines offenbarungspflichtigen Schadens übertragen können. Denn auch beim Kauf eines gebrauchten Kraftfahrzeugs kann der Käufer erwarten, dass das Fahrzeug keinen Unfall erlitten hat, bei dem es zu mehr als „Bagatellschäden“ gekommen ist.<sup>52</sup> Ein Fahrzeug, das einen Unfall erlitten hat, bei dem es zu mehr als „Bagatellschäden“ gekommen ist, ist auch dann nicht frei von Sachmängeln, wenn es nach dem Unfall fachgerecht repariert worden ist.<sup>53</sup>

Anerkannt ist auch, dass in jedem Fall dann, wenn mit dem Fahrzeug verschweißte Teile ausgetauscht wurden, ein offenbarungspflichtiger Schaden vorliegt. Allein an der Schadenshöhe hingegen kann die Eigenschaft als Unfallfahrzeug nicht festgemacht werden. So kann z. B. ein hoher Fahrzeugschaden vorliegen, der aber durch den bloßen Austausch von mit dem Fahrzeug lediglich verschraubten Türen instandgesetzt werden kann, wohingegen bei einem betragsmäßig deutlich geringeren Schaden Schweißarbeiten erforderlich sein können.

Bei Beschädigungen im Grenzbereich zwischen Gebrauchsspuren und Unfallschäden wird es im Ergebnis auf die persönliche Einstellung des zuständigen Richters ankommen.

## 2. Atypische Vornutzung des Fahrzeugs

Weiter gibt es bestimmte Arten von vorangegangenen Nutzungen, die Einfluss auf die Kaufentscheidung und mithin auch auf den Wert des Fahrzeugs haben können. Die klassischen Beispiele in diesem Bereich sind

---

<sup>51</sup> BGH, a. a. O.

<sup>52</sup> BGH, Urteil vom 10.10.2007 – VIII ZR 330/06 = NJW 2008, 53.

<sup>53</sup> BGH, a. a. O.

die Nutzung als Fahrschulwagen bzw. als Mietfahrzeug einer Autovermietung.<sup>54</sup> Sollte mithin eine solche Nutzung vorgelegen haben, muss der Verkäufer auch auf diese ungefragt hinweisen.

Die Frage, ob auf eine atypische Vornutzung hingewiesen werden muss, stellt sich mittlerweile auch bei Polizeifahrzeugen und ebenso bei den Personenwagen der Bundeswehr, da diese nicht mehr in den früher typischen Lackierungen bestellt werden. Vielmehr sind diese Fahrzeuge nun überwiegend silbern lackiert, da sich diese Farbe am Gebrauchtwagenmarkt gut veräußern lässt. Die früher auf die Fahrzeuge auflackierte Beschriftung ist mittlerweile nur noch mittels Folien aufgebracht. Auch im Innenraum wird von Einrichtungen, die das normale Erscheinungsbild des Fahrzeugs verändern, zunehmend abgesehen. Rechtsprechung zu der Frage, ob auch bei solchen Fahrzeugen auf die vorherige Nutzung hingewiesen werden muss, ist bisher nicht bekannt. Führt man sich jedoch vor Augen, dass auch in der Privatwirtschaft vergleichbare Fahrzeugnutzungen in Form von Fahrzeugflotten bei Unternehmen vorzufinden sind, wird eine Hinweispflicht insoweit eher nicht anzunehmen sein.

### 3. Der „fliegende Zwischenhändler“

In dem vom Bundesgerichtshof<sup>55</sup> entschiedenen Fall machte der Kläger Schadensersatzansprüche aus dem Kauf eines Pkw Audi A6 geltend, den er vom Beklagten zu 1 über den Beklagten zu 2, einem Gebrauchtwagenhändler, gekauft hatte. Im Kaufvertragsformular war unter dem vorformulierten Text „Gesamtfahrleistung nach Angaben des Vorbesitzers“ handschriftlich „201.000 km“ vermerkt. Dies entsprach dem vom Tacho zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ausgewiesenen Kilometerstand. Als Vorbesitzer waren aus dem Kfz-Brief nur der ursprüngliche Halter sowie der als Halter eingetragene Beklagte zu 1 ersichtlich. Dieser hatte das Fahrzeug jedoch über den Beklagten zu 2 von einem Zwischenhändler erworben, der beiden Beklagten nur als „A.“ bekannt war und der das Fahrzeug

---

<sup>54</sup> OLG Stuttgart, Urteil vom 31.07.2008 - 19 U 54/08 = NJW-RR 2009, 551.

<sup>55</sup> BGH, *Urteil* vom 16.12.2009 – VIII ZR 38/09 = NJW 2010, 858.

seinerseits ebenfalls von einem nicht als Halter im Kfz-Brief eingetragenen Vorbesitzer erworben hatte. Über diese Umstände wurde der Kläger bei Abschluss des Kaufvertrages nicht informiert.

Der Verkäufer eines Gebrauchtwagens muss nach dieser neuen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes den Käufer darüber aufklären, dass er das Fahrzeug kurze Zeit vor dem Weiterverkauf von einem nicht im Kraftfahrzeugbrief eingetragenen „fliegenden Zwischenhändler“ erworben hat. Wie auch schon das Berufungsgericht richtig gesehen hatte, liegt ein für den Käufer eines Gebrauchtwagens wesentlicher Umstand vor, wenn der Verkäufer das Fahrzeug selbst – wie hier – kurz zuvor von einem „fliegenden Zwischenhändler“ erworben hat. In einem solchen Fall ist der Verkäufer zur Aufklärung verpflichtet, denn ohne einen entsprechenden Hinweis geht der Käufer davon aus, dass der Vertragspartner das Fahrzeug von demjenigen übernommen hat, der als letzter Halter in dem Kraftfahrzeugbrief eingetragen ist. Hat der Verkäufer das Fahrzeug kurze Zeit vor dem Weiterverkauf selbst von einer Person unbekannter Identität erworben, liegt der Verdacht nahe, dass es während der Besitzzeit des unbekannten Voreigentümers zu Manipulationen am Kilometerzähler oder einer sonstigen unsachgemäßen Behandlung des Fahrzeugs gekommen ist. Die Verlässlichkeit der Angaben des Verkäufers zum Fahrzeug wird dadurch grundlegend entwertet. Der Bundgerichtshof maß dabei der Kilometerstandsanzeige und den Aussagen zur „Gesamtfahrleistung nach Angabe des Vorbesitzers“ hinsichtlich der tatsächlichen Fahrleistung in einem solchen Fall keine nennenswerte Bedeutung zu.

## IV. Untersuchungs- und Erkundigungspflicht

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes<sup>56</sup> trifft den Verkäufer eines Gebrauchtwagens ohne Vorliegen besonderer Anhaltspunkte für einen Unfallschaden nicht die Obliegenheit, das zum Verkauf angebotene Fahrzeug auf Unfallschäden zu untersuchen.<sup>57</sup> Der Händler ist grundsätzlich nur zu einer fachmännischen äußeren Besichtigung

---

<sup>56</sup> BGH, Urteil vom 07.06.2006 – VIII ZR 209/05 = NJW 2006, 2839.

<sup>57</sup> BGH, Urteil vom 15.04.2015 – VIII ZR 80/14 = NJW 2015, 1669.



(„Sichtprüfung“) verpflichtet.<sup>58</sup> Zuständig hierfür ist auch ein Mitarbeiter mit technischer Ausbildung, nicht notwendigerweise ein Kfz-Mechaniker.<sup>59</sup> Zur Sichtprüfung gehört unter Verwendung einer Hebebühne ein Blick auf die Unterseite des Fahrzeuges.<sup>60</sup> Wenn sich aus dieser „Sichtprüfung“ keine Anhaltspunkte für einen Vorschaden ergeben, dann besteht keine Pflicht zu weiteren Nachforschungen und damit auch nicht zu einer Abfrage bei der zentralen Datenbank des Herstellers betreffend eine dort etwa vorhandene „Reparaturhistorie“ des Fahrzeugs über bei anderen Vertragshändlern/-werkstätten in den vergangenen Jahren durchgeführte Reparaturen.<sup>61</sup>

Den (gewerblichen) Verkäufer trifft eine vorvertragliche Untersuchungs- und Aufklärungspflicht, die auch eine „Herkunfts- und Diebstahlprüfung“ umfasst.<sup>62</sup>

## V. Probefahrt

Bei der Durchführung von Probefahrten – welche insbesondere bei dem Kauf von gebrauchten Kraftfahrzeugen immer durchgeführt werden sollten – ist es für den Kaufinteressenten von wesentlicher Bedeutung, ob und in welchem Umfang er im Falle eines Unfalls während der Probefahrt zur Haftung herangezogen werden kann.

### 1. Bei Neufahrzeug vom Händler

Die Rechtsprechung geht hier davon aus, dass ein stillschweigender Haftungsausschluss anzunehmen ist,<sup>63</sup> soweit die Schäden leicht fahrlässig verursacht wurden. Hierbei ist davon auszugehen, dass sich der Händler

---

<sup>58</sup> BGH, a. a. O.; *Reinking/Eggert*, Der Autokauf, 14. Aufl., Rn. 3659 ff.; OLG Karlsruhe, Beschluss vom 20.05.2020 – 8 W 10/20

<sup>59</sup> *Reinking/Eggert*, a. a. O.

<sup>60</sup> OLG Karlsruhe, a. a. O.

<sup>61</sup> BGH, Urteil vom 19.06.2013 – VIII ZR 183/12 = NJW 2014, 211

<sup>62</sup> OLG Düsseldorf, Urteil vom 20.02.2015 – I-22 U 159/14 = BeckRS 2015, 17117.

<sup>63</sup> Grundlegend BGH, Urteil vom 19.03.1980 – VIII ZR 183/79 = NJW 1980, 1680.

gegen derartige Schäden durch eine Kaskoversicherung absichern kann. Wird der Schaden aber grob fahrlässig durch den Probefahrenden verursacht, so hat er für die Schäden selbst einzustehen. In einem derartigen Fall wäre der Probefahrende ohnehin einem Rückgriff des Kaskoversicherers gemäß § 26 VVG ausgesetzt.

Sollte durch den Kaufinteressenten das Fahrzeug während der Probefahrt beschädigt werden, so muss der Verkäufer darauf achten, dass mögliche Ansprüche nach § 548 Abs. 1 S. 1 BGB sechs Monate nach der Rückgabe des Fahrzeugs verjähren.

In der Regel werden vor der Überlassung eines Fahrzeugs zur Probefahrt schriftliche Vereinbarungen getroffen, in denen unter anderem die Personalien des Probefahrenden festgehalten werden. Darüber hinaus finden sich häufig Kilometerbegrenzungen oder auch – zulässigerweise – Vereinbarungen über eine Selbstbeteiligung.

## **2. Bei Gebrauchtfahrzeug vom Händler**

Handelt es sich bei dem Fahrzeug, welches Probe gefahren werden soll, um ein Gebrauchtfahrzeug, so gelten ebenfalls die oben angeführten Grundsätze.

Aus diesem Grunde sind auch die nicht zugelassenen Fahrzeuge eines Händlers bis zur endgültigen Übergabe an den Kunden üblicherweise über die Haftpflicht- und Fahrzeugversicherung für den Kfz-Handel versichert.<sup>64</sup>

## **3. Bei Gebrauchtfahrzeug von Privat**

Anders sieht es allerdings dann aus, wenn eine Probefahrt mit einem von Privat angebotenen Gebrauchtwagen durchgeführt wird. Auch hier haftet der Probefahrende zunächst selbstverständlich für Schäden, die mindestens grob fahrlässig verursacht wurden. Problematisch ist es aber, ob die

---

<sup>64</sup> OLG Hamm, Urteil vom 11.11.1998 – 32 U 175/98 = NJW-RR 1999, 538.

Haftung für leichte Fahrlässigkeit auch hier ausgeschlossen ist. Die überwiegende Rechtsprechung geht davon aus, dass dies nicht der Fall sei.<sup>65</sup> Es könne, anders als im gewerblichen Kraftfahrzeughandel, dem privaten Verkäufer nicht zugemutet werden, extra für die Probefahrt eine Vollkaskoversicherung abzuschließen. Ein stillschweigender Haftungsausschluss kann somit, anders als im gewerblichen Kraftfahrzeughandel, nicht angenommen werden.<sup>66</sup>

#### 4. Kosten der Probefahrt

Nicht selten ist aufgrund der neuen Vertriebswege z. B. Erwerb von EU-Fahrzeugen oder Kauf eines Neuwagens über das Internet festzustellen, dass der örtliche Markenhändler ausschließlich für die Probefahrt benötigt wird. Da aber mit der Vorhaltung von Vorführwagen nicht unerhebliche Kosten verbunden sind, welche der Händler in der Regel mit einem nachfolgenden Verkauf eines Fahrzeugs decken muss, überlegt das Kraftfahrzeuggewerbe, den Interessenten an den Kosten der Probefahrt zu beteiligen. Hierbei ist grundsätzlich darauf zu achten, dass die vertragliche Vereinbarung nicht auf einen Mietvertrag hinausläuft. Für Selbstfahrervermietfahrzeuge sind gesonderte Versicherungstarife vorhanden. Es ist bereits vorgekommen, dass der Versicherer des Fahrzeugs sich darauf berufen hat, dass er nach § 25 VVG leistungsfrei sei. Durch die Fahrzeugvermietung sei eine ungenehmigte Gefahrerhöhung i. S. d. § 23 VVG eingetreten. Um also nicht Gefahr zu laufen, dass der Eindruck eines Mietvertrages entsteht, könnte z. B. darüber nachgedacht werden, im Vertrag zu vereinbaren, dass die Kosten der Probefahrt bei einem späteren Kauf angerechnet werden.

---

<sup>65</sup> OLG Köln, Urteil vom 20.11.1995 – 16 U 32/95 = NJW 1996, 1288.

<sup>66</sup> Zur verschuldensunabhängigen Haftung des Begünstigten für die Beschädigung des überlassenen Gegenstandes durch einen Dritten BGH, Urteil vom 04.08.2010 – XII ZR 118/08 = NJW 2010, 3087.